



Innenausschuss

58. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Dringliche Frage

5

Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu dem Datenskandal bei der Postbank?

Auf Antrag der SPD-Fraktion

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) **8**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Einzelplan 03: Innenministerium
Erläuterungsband Vorlage 14/2804

Kapitel 03 630 – Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Kapitel 03 110 – Polizei

3 Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010 sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen **11**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9395

Ausschussprotokoll 14/943

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9395 anzunehmen.**

4 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9709

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
– Tischvorlage –

Der Ausschuss **stimmt** dem **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

Sodann **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9709 anzunehmen**.

5 Katastrophenschutz – Reduzierung und Neuverteilung der Einsatzeinheiten der anerkannten Hilfsorganisationen –

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2905

Zuschriften 14/1857 und 14/1858

– keine Diskussion

6 Nichtlöschung von Daten aus Telefonüberwachungsmaßnahmen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen 20

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2918

7 Konsequenzen aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Münster vom 8. Oktober 2009 zum sogenannten Gesinnungstest 33

Bericht des Innenministeriums

- 8 Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich der Jugendwohlfahrt nach dem Jugendschutzgesetz, dem Sozialgesetzbuch VIII – Kinder- und Jugendhilfe – und dem Jugendfreiwilligendienstgesetz (ZuVo JuWo) 38**

Vorlage 14/2785

Der Ausschuss **erhebt** gegen den Entwurf der Verordnung **keine Einwände.**

- 9 Alarmierend hohe Krankenstände bei der Polizei – Innenminister Wolf muss handeln 39**

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/9757

Zuschrift 14/1843, Zuschrift 14/1844 und Zuschrift 14/1849

Der Ausschuss kommt überein, dass sich die Obleute mit dem Vorsitzenden auf ein Verfahren verständigen.

- 10 NRW für mehr Einbürgerungen – unnötige Einbürgerungshürden abschaffen 41**

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/9909

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Abwesenheit der Fraktion der FDP, den **Antrag Drucksache 14/9909 abzulehnen.**

- 11 Verschiedenes 43**

Besuch einer irakisch-kurdischen Delegation von Verkehrspolizisten im Landtag

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Der Gesetzentwurf wurde am 9. September 2009 im Plenum in 1. Lesung beraten und federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie mitberatend an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seiner Unterausschusses „Personal“ erfolgt.

Einzelplan 03: Innenministerium

Erläuterungsband Vorlage 14/2804

Vorsitzender Winfried Schittges weist auf seine gestrige Teilnahme an einem Berichterstattegespräch zusammen mit Kollegen der Fraktionen hin. Zwischen den Obleuten sei vereinbart worden, die Schluss- und Antragsberatungsrunde zur Abgabe eines Votums an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss am 12. November 2009 durchzuführen. Etwaige Änderungsanträge sollten rechtzeitig eingebracht werden.

Heute anstehende Einzelfragen zum Einzelplan 03 beim Berichterstattegespräch sollten möglichst in der Reihenfolge des Einzelplans vorgenommen werden.

Kapitel 03 630 – Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Auf Seite 82 des Erläuterungsbandes, so **Monika Düker (GRÜNE)**, würden für die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit für das Jahr 2010 44 Stellen vorgesehen. 2009 seien es noch 45, 2008 48 und 2007 49 Stellen gewesen. Soweit sie sich erinnere, habe es sich zu Beginn der Legislaturperiode um 50 Stellen gehandelt.

Daher wolle sie weniger technisch, als vielmehr politisch nachfragen, ob die Landesregierung diese Kürzung angesichts der Datenkandale insbesondere im nichtöffentlichen Bereich für bedarfsgerecht halte.

Das Bundesdatenschutzrecht sehe inzwischen die Möglichkeit vor, höhere Bußgelder zu verhängen. Sie fragt die Landesregierung nach ihrer Prognose der Entwicklung der Einnahmesituation durch die bundesrechtliche Änderung.

Bei den Flüchtlingen finde sich immer wieder der Titel „Rückführung“, der in diesem Jahr 8 Millionen € betrage. Jedoch weise das Rechnungsergebnis für das Jahr 2008 rund 4,1 Millionen € aus. Sie gehe auch nach der am heutigen Vormittag durchgeführten Anhörung von Sachverständigen davon aus, dass die Maßnahmen griffen und es zu weiter sinkenden Abschiebungszahlen komme. Dabei handele es sich nach ihrer Wahrnehmung nicht nur um eine grüne Position. Sie bittet die Landesregierung, diesen hohen Ausgabebetitel zu rechtfertigen.

StS Karl Peter Brendel (IM) antwortet, man diskutiere bereits seit längerer Zeit über die Stellenausstattung der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Roland Schlapka habe deutlich gemacht, dass sich alle Überwachungsbehörden nachvollziehbarerweise mehr Personal wünschten, um stärker kontrollieren zu können.

Jedoch seien die Stellenzahlen im Haushalt nicht beliebig zu vermehren – auch nicht bei eventuell höheren Einnahmen aus Bußgeldbescheiden. Die Landesregierung halte die Personalausstattung der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit für auskömmlich, sodass sie aufgrund organisatorischer Maßnahmen und Schwerpunktbildungen ihre wichtige Aufgabe uneingeschränkt erfüllen könne.

In der Tat sei der Haushaltsansatz höher als das Rechnungsergebnis für das Jahr 2008. Man nehme jedoch aufgrund der noch vorhandenen Haushaltstitel keine Rückführungen vor. Vielmehr müsse man über ausreichende Mittel verfügen, da man den tatsächlichen Finanzbedarf nicht absehen könne. Darüber hinaus sei dieser Titel mit anderen Haushaltstiteln wechselseitig deckungsfähig.

Kapitel 03 110 – Polizei

Dr. Karsten Rudolph (SPD) fragt, warum man in Bezug auf die Verpflegungskosten für die Polizei in **Titel 514 10** lediglich 3,1 Millionen € ansetze, obwohl der Verpflegungsaufwand bereits im Jahr 2008 bei knapp 3,8 Millionen € gelegen habe.

Zudem fragt er nach den Kürzungen gegenüber dem Vorjahr in **Titel 812 00** für die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel für Beschaffungen. Zwar könne er eine gewisse Kürzung des Titels nachvollziehen, weil man im Jahr 2008 unter dem ursprünglichen Ansatz gelegen habe. Jedoch erstaune ihn eine Kürzung von 26,6 Millionen € auf 15,6 Millionen €, da der Ist-Wert bei knapp 22 Millionen € liege.

MR'in Zurhausen (IM) erläutert, der Ansatz der Verpflegungskosten sei einsatzbedingt und nicht linear zu bestimmen. Wegen der Deckungsfähigkeit könne man aber im Haushaltsjahr entsprechend reagieren, sodass es keinem Polizisten wegen zu geringer Mittel an Essen mangeln werde.

In Bezug auf die Kürzung im Titel 812 00 verweist sie auf den um 5,9 Millionen € gestiegenen Bedarf in Titel 812 60 für die Informations- und Kommunikationstechnik. Zudem aktualisiere man die Vorgangsbearbeitung bei der Polizei, wofür man eben-

falls Mittel benötige. Darüber hinaus habe man den Ansatz auch wegen des Wegfalls einmaliger Effekte reduzieren müssen, so etwa um 3,3 Millionen € für die Beschaffung sowie für den Neubau des Landeskriminalamts. Überdies seien mehrjährige Beschaffungsmaßnahmen ausgelaufen. Haushaltswahrheit und -klarheit bedingten das Kenntlichmachen gegenüber dem Finanzministerium, auch wenn man die Ansätze gerne fortgesetzt hätte.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) fragt nach der geplanten Verschiebung von vier A-14-Planstellen aus Kapitel 03 110 in Kapitel 03 350 – Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.

Der Haushaltsplan weise insgesamt 168 Planstellen für Polizeibeamte weniger aus. Einen Stellenabbau könne man auch für Tarifbeschäftigte erkennen, deren Zahl laut **Titel 428 01** um 183 verringert werde. Er bittet um eine entsprechende Bestätigung des Ministeriums.

MR'in Vehling (IM) erwidert, bei den vier Stellen des höheren Dienstes für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung handele es sich um den Beitrag der Polizei für die Ausbildung im Rahmen des Konzepts, in den Jahren 2008 bis 2011 jeweils 1.100 Personen auszubilden.

Der übrige Stellenabbau setze sich zum einen aus 160 Planstellen zusammen, die man sich in den Jahren 2004 und 2005 vom Finanzminister für Einstellungen geliehen habe, um sie später stufenweise wieder abzubauen. Hierbei handele es sich um die zweite Rate der Rückführung.

Die Anwärter würden nach alter Lesart nach dem Beamtenstatusgesetz auf reguläre A9-Stellen übernommen. Für deren dauerhafte Übernahme habe man diese Stellen benötigt. Diese Stellen gebe man nun zurück, solange man sie aus dem Stellenbestand zurückgeben könne.

Bei den restlichen vier Stellen handele es sich um Einzelfälle des täglichen Geschäfts, etwa den Wechsel in die Finanzverwaltung, den Wechsel in das Innenministerium für den Bereich Glücksspiel oder den Wechsel in den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.

Der Abbau von insgesamt 183 Stellen für Tarifbeschäftigte hänge mit dem allgemeinen Stellenabbau in der Verwaltung von 1,5 % sowie Arbeitszeitverlängerungen zusammen.

MR'in Zurhausen (IM) ergänzt, die vier Planstellen für die Fachhochschule gingen der Polizei insofern nicht verloren, als sie der Ausbildung der Polizei dienten, um zu fahnden, statt zu verwalten.

